

Gemeinsame Erklärung der Konferenz von Puerto Rico

Treffen der Staats- und Regierungschefs
am 27. und 28. Juni 1976

Die Staats- bzw. Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika tagten am 27. und 28. Juni 1976 in Dorado Beach, Puerto Rico, und vereinbarten die nachstehende Erklärung:

Die Geschicke unserer Völker sind miteinander verwoben. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß wir an gemeinsame Wirtschaftsprobleme mit einer gemeinsamen Zielsetzung herangehen und uns durch bessere Kooperation um wirtschaftliche Strategien bemühen, die miteinander im Einklang stehen.

Wir halten die Berücksichtigung der Interessen anderer Völker für wesentlich. Dies gilt ganz besonders im Hinblick auf die Entwicklungsländer der Welt.

Diesen Zwecken diene unser umfassender und produktiver Gedankenaustausch über eine Vielzahl von Themen. Dieses Treffen bot eine willkommene Gelegenheit zur Verbesserung unseres Verständnisses füreinander und zur Vertiefung unserer Zusammenarbeit auf mehreren Gebieten. Diejenigen unter uns, deren Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angehören, wollen ihre Bemühungen im Rahmen dieser Gemeinschaft unternehmen.

In Rambouillet stellten wir den wirtschaftlichen Wiederaufschwung als vorrangiges Ziel heraus, und es war die übereinstimmende Auffassung, daß die erwünschte Stabilität von den ihr zugrunde liegenden wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen in jedem unserer Länder abhängt.

Seit Rambouillet wurden beträchtliche Fortschritte erzielt. Während der Rezession herrschte in weiten Kreisen Sorge, ob unsere Volkswirtschaften längerfristig über die notwendigen Kräfte verfügen würden. Diese Sorgen haben sich als unbegründet erwiesen. Neues Vertrauen in die Zukunft ist an die Stelle von Zweifeln über die wirtschaftlichen und finanziellen Aussichten getreten. Der wirtschaftliche Wiederaufschwung entwickelt sich gut, und in vielen unserer Länder wurden beträchtliche Fortschritte bei der Bekämpfung der Inflation und dem Abbau der Arbeitslosigkeit erzielt. Dies hat die Lage in den Ländern verbessert, in denen die wirtschaftliche Erholung noch relativ schwach ist.

Unsere Entschlossenheit während der letzten Monate, eine übermäßige Ankurbelung unserer Volkswirtschaften zu vermeiden und keine neuen Hindernisse für Handel und Kapitalverkehr zu schaffen, hat zu Solidität und Ausmaß dieser Erholung beigetragen. Infolgedessen ist die Wiederherstellung eines ausgewogenen Wachstums in greifbare Nähe gerückt. Wir wollen diese Chance nicht vorübergehen lassen.

Unser Ziel besteht nunmehr darin, einen wirksamen Übergang zu einer anhaltenden Expansion zu voll-

ziehen, die den in zahlreichen Ländern andauernden hohen Stand der Arbeitslosigkeit senkt und unser gemeinsames Ziel, eine neue Inflationswelle zu vermeiden, nicht gefährdet. Dies wird eine Steigerung der produktiven Investitionen und ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen allen Gruppen unserer Gesellschaften erfordern. Hierzu gehört die Bereitschaft, im Einklang mit unseren individuellen Bedürfnissen und Gegebenheiten ein besseres Gleichgewicht der öffentlichen Finanzen sowie die Disziplin im fiskalischen Bereich und in der Währungspolitik wiederherzustellen und in einigen Fällen ergänzende Maßnahmen, auch auf dem Gebiet der Einkommenspolitik, zu ergreifen.

Die Festlegung des wirtschaftspolitischen Kurses auf diesen Gebieten ist angesichts wachsender gegenseitiger Abhängigkeit nur unter Berücksichtigung der konjunkturellen Lage in anderen Ländern möglich. Mit der richtigen Kombination von Maßnahmen glauben wir, unsere Ziele einer geordneten und anhaltenden Expansion, einer Senkung der Arbeitslosigkeit und weiterer Fortschritte auf dem Wege zu unserem Ziel, der Beseitigung des Inflationsproblems, erreichen zu können. Anhaltende wirtschaftliche Expansion und die sich daraus ergebende Mehrung des Wohlstands für den einzelnen lassen sich bei hohen Inflationsraten nicht erzielen.

Auf der Zusammenkunft im November vergangenen Jahres lösten wir Meinungsverschiedenheiten über die strukturelle Reform des Weltwährungssystems und stimmten der Förderung eines stabilen Wechselkursystems zu, das die Voraussetzung unterstrich, stabile wirtschaftliche und finanzielle Grundlagen zu schaffen.

Im Hinblick auf diese Ziele erreichten wir Einvernehmen über konkrete Fragen, was einen wesentlichen Beitrag zur IWF-Sitzung in Jamaika darstellte. Eine baldige Ratifizierung dieser Vereinbarungen durch den Gesetzgeber ist wünschenswert. Wir kamen überein, unsere Zusammenarbeit zu verbessern, um ungeordneten Marktbedingungen besser begegnen zu können und unser Verständnis der Wirtschaftsprobleme und der erforderlichen Abhilfemaßnahmen zu verbessern. Wir werden auf dieser Konsultationsstruktur weiter aufbauen.

Seit November ist das Verhältnis zwischen dem Dollar und den meisten der wichtigen Währungen bemerkenswert stabil geblieben. Einige Währungen waren jedoch erheblichen Schwankungen unterworfen.

Die erforderliche Stabilität der wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen ist offenkundig noch nicht wiederhergestellt worden. Unser Bekenntnis zu einer bewußten, geordneten und stetigen Expansion und zu dem unerläßlichen Begleitziel, die Inflation zu beseitigen, stellt die Grundlage für erhöhte Stabilität dar.

Unser Ziel der Währungsstabilität darf nicht durch die Belastung der Finanzierung internationaler Zahlungsungleichgewichte ausgehöhlt werden. Wir sind uns daher darüber im klaren, wie wichtig es ist, daß jeder Staat seine Volkswirtschaft und seine internationalen Währungsbeziehungen so regelt, daß anhaltende oder strukturelle internationale Zahlungsungleichgewichte

berichtigt oder vermieden werden. Daher bekräftigt ein jeder von uns seine Absicht, durch die Anwendung geeigneter Maßnahmen im Inneren und im Äußeren auf eine dauerhaft stabilere Zahlungsbilanzstruktur hinzuwirken.

Ungleichgewichte in den internationalen Zahlungen dürften noch einige Zeit weiterbestehen. Wir wissen, daß sich möglicherweise Probleme für einige entwickelte Länder mit besonderen Bedürfnissen ergeben, deren binnenwirtschaftliche Stabilität noch nicht wiederhergestellt ist und die sich größeren Zahlungsdefiziten gegenübersehen. Wir sind bereit, auch in Zukunft in den zuständigen Gremien an der weiteren Untersuchung dieser Probleme mit dem Ziel ihrer Lösung mitzuwirken. Falls zur Vermeidung von allgemeinen Störungen des Wirtschaftswachstums eine Unterstützung bei der Finanzierung vorübergehender Zahlungsbilanzdefizite erforderlich ist, so geschieht dies am besten durch multilaterale Maßnahmen, die mit einem überzeugenden Programm zur Wiederherstellung des grundlegenden Gleichgewichts zu verbinden sind.

Auf handelspolitischem Gebiet ist es uns trotz der Rezession der jüngsten Vergangenheit im großen und ganzen gelungen, ein offenes Handelssystem aufrechtzuerhalten. In der OECD bekräftigten wir unsere Verpflichtung, die Errichtung neuer Handelsschranken zu vermeiden.

Länder, die der Versuchung nachgäben, ihr Heil im Handelsprotektionismus zu suchen, würden sich in der Folge einer Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition aussetzen; die Lebenskraft ihrer Volkswirtschaften würde beeinträchtigt, gleichzeitig kämen Kettenreaktionen in Gang, und das Volumen des Welthandels würde zum Schaden aller Länder schrumpfen. Sofern Abweichungen von der Politik eintreten, wie sie in der jüngst erneuerten Stillhalteverpflichtung der OECD formuliert wurde, ist eine Beseitigung der betreffenden Beschränkungen wesentlich und dringend geboten. Dergleichen gilt es, eine Wechselkurspolitik zu vermeiden, die bewußt schwere Verzerrungen im Handel hervorruft und dadurch zu einem Wiederaufleben des Protektionismus führen würde.

Wir haben uns alle das Ziel gesetzt, die multilateralen Handelsverhandlungen bis Ende 1977 abzuschließen. Wir bekräftigen dieses Ziel hiermit erneut und verpflichten uns, alle Anstrengungen in den zuständigen Gremien zu unternehmen, um es im Einklang mit der Erklärung von Tokio zu verwirklichen.

Außer dem Abschluß der Handelsverhandlungen halten wir es für wünschenswert, die Beziehungen zwischen den wichtigsten Handelsräumen im Hinblick auf das langfristige Ziel einer maximalen Ausweitung des Handels zu vertiefen und zu stärken.

Wir erörterten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West. In diesem Zusammenhang begrüßten wir das stetige Anwachsen des Ost-West-Handels und sprachen die Hoffnung aus, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West ihre vollen Möglichkeiten auf einer soliden finanziellen Grundlage und auf der Basis kommerzieller Gegenseitigkeit entfalten. Wir waren übereinstimmend der Auffassung, daß die-

ser Prozeß unsere sorgfältige Prüfung sowie Bemühungen unsererseits verdient, um zu gewährleisten, daß diese Wirtschaftsverbindungen die Ost-West-Beziehungen in ihrer Gesamtheit fördern:

Wir begrüßen, daß die teilnehmenden Staaten konvergierend Richtlinien betreffend Ausfuhrkredite angenommen haben. Wir hoffen, daß diese Richtlinien so bald wie möglich von möglichst vielen Ländern angenommen werden.

Bei der Verfolgung unseres Zieles einer stetigen Expansion erleichtert der Kapitalverkehr die wirksame Allokation von Ressourcen und erhöht damit unseren wirtschaftlichen Wohlstand. Wir sind daher übereinstimmend der Auffassung, daß ein liberales Klima für internationale Investitionen von Bedeutung ist. In diesem Zusammenhang betrachten wir die vergangene Woche anläßlich der Ministerratstagung der OECD abgegebene Erklärung als einen konstruktiven Beitrag.

Hinsichtlich des Energiebereichs kamen wir überein, uns um die Entwicklung, Erhaltung und rationelle Verwendung der verschiedenen Energiequellen zu bemühen und die Ziele der Entwicklungsländer zur Energieentwicklung zu unterstützen.

Wir unterstützen die Zielsetzungen der Entwicklungsländer zur Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Völker. Die Rolle der demokratischen Industrieländer ist für den Erfolg dieser Bemühungen entscheidend. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Gruppen muß sich auf gegenseitige Achtung stützen, die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen und auf eine sterile Konfrontation zugunsten anhaltender und abgestimmter Bemühungen um konstruktive Lösungen für die Entwicklungsprobleme verzichten.

Die demokratischen Industrienationen können die Entwicklungsländer bei der Verwirklichung ihrer Ziele am erfolgreichsten unterstützen, wenn sie sich auf vernünftige, das wirksame Funktionieren der Weltwirtschaft fördernde Lösungen für deren Probleme einigen und bei ihrer Durchführung mitwirken. Enge Zusammenarbeit und bessere Koordinierung unter den demokratischen Industrienationen sind erforderlich; unsere Bemühungen müssen sich gegenseitig unterstützen und dürfen nicht miteinander in Wettbewerb stehen. Unsere Bemühungen um internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit müssen als Ergänzung der Politik der Entwicklungsländer angesehen werden, selbst zu anhaltendem Wachstum und höherem Lebensstandard zu gelangen.

In Rambouillet wurde die Bedeutung eines kooperativen Verhältnisses zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern bekräftigt; insbesondere wurde die Aufmerksamkeit auf die Folgearbeiten zu den Ergebnissen der 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen gelenkt und besonders auf die

Behandlung der Zahlungsbilanzprobleme einiger Entwicklungsländer verwiesen. Seither wurden beträchtliche Fortschritte erzielt. Wir begrüßen den konstruktiven Geist, der die Arbeiten im Rahmen der Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit bestimmt, sowie die positiven Ergebnisse, die in einigen Bereichen auf der 4. Welthandelskonferenz in Nairobi erzielt wurden. Neue, im IWF ergriffene Maßnahmen haben wesentlich zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse der Entwicklungsländer und zu ihrer Unterstützung bei der Finanzierung ihrer Defizite beigetragen.

Wir messen dem Dialog zwischen entwickelten und Entwicklungsländern größte Bedeutung bei in der Erwartung, daß er in Bereichen gemeinsamen Interesses zu konkreten Ergebnissen führen wird. Wir bekräftigen erneut die Entschlossenheit unserer Länder, uns an diesem Prozeß in den zuständigen Gremien mit dem politischen Willen zum Erfolg zu beteiligen, und sehen in geeigneten Fällen Verhandlungen entgegen. Unser gemeinsames Ziel ist es, praktische Lösungen zu finden, die zu einem gerechten und fruchtbaren Verhältnis zwischen allen Völkern beiträgt.

Gespräche des Bundesaußenministers während der Konferenz von Puerto Rico

Das Auswärtige Amt teilt mit:

Der Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, hat am Rande des Treffens der Staats- und Regierungschefs in Puerto Rico am vergangenen Wochenende mit den Außenministern der USA und Kanadas, Henry Kissinger und Alan McEachen, Gespräche geführt, die die Sorgen der deutschen Fischereiwirtschaft wegen der geplanten Ausdehnung der Wirtschaftszone der beiden Staaten auf 200 Seemeilen zum Gegenstand hatten.

Bundesminister Genscher schlug seinen kanadischen und amerikanischen Kollegen vor, durch vertragliche Abmachungen die Interessen der deutschen Fischereiwirtschaft in ihren traditionellen Fischereigründen zu berücksichtigen und sicherzustellen. Er will dafür Vorschläge machen.

Die Gespräche mit der amerikanischen und kanadischen Regierung werden fortgesetzt.

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Welckerstraße 11, 5300 Bonn

Verantwortlich: Dr. Doris Bücken, Bonn

Verlag: Deutscher Bundes-Verlag GmbH, Postf. 12 03 80, 5300 Bonn

Druck:

Bundesdruckerei Bonn

Nachdruck honorarfrei gestattet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte und Besprechungsexemplare wird keine Haftung übernommen. Bezugspreis halbjährlich 15,60 DM. Laufender Bezug nur durch die Bundespost. Abonnementsbestellungen an den Verlag. Nachlieferung gegen Voreinsendung von 0,50 DM (0,20 DM zuzüglich 0,30 DM Versandkosten) auf Postscheckkonto Köln 11 64-505. Deutscher Bundes-Verlag. Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer nicht enthalten (§ 2 Absatz 3 UStG 1967).